

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5438

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5438



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 16. November 2025

Inhalt

Die Fortsetzung des Sprachen-Flickwerks ist eine Zumutung	2
13. November, Hanspeter Amstutz.....	2
Erklärung zur gesamtschweizerischen Koordination des Sprachenunterrichts.....	4
EDK, 30. Oktober 2025.....	4
Fremdsprachenunterricht: LCH besorgt über ÜGK-Ergebnisse.....	5
LCH Medienmitteilung, 22. Mai 2025.....	5
Die Politik ignoriert die Realität.....	6
NZZ, 6. November 2025, Meinung & Debatte, Sebastian Briellmann.....	6
«Ich wüsste nicht, wie das ohne uns funktionieren soll».....	8
Tages-Anzeiger, 10. November 2025, Zürich, Nina Fargahi.....	8
Mehr Ruhe im Schulzimmer.....	10
Tages-Anzeiger, 13. November 2025, Forum, Leserbrief.....	10
«Sprache ist mehr als nur Kommunizieren».....	10
NZZ, 5. November 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	10



Die Fortsetzung des Sprachen-Flickwerks ist eine Zumutung

13. November, Hanspeter Amstutz

Die Spatzen pfeifen es lautstark von den Dächern, dass das Mehrsprachenkonzept der Primarschule ein Fiasko ist. Doch die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz scheint alle Fenster ihres Elfenbeinturms verriegelt zu haben, um den ungeliebten Gesang nicht hören zu müssen. Was sich die verantwortlichen Erziehungsdirektoren in ihrer jüngsten Stellungnahme zum Sprachenkonzept geleistet haben, gleicht einem traurigen Abgesang auf eine schulnahe Bildungspolitik.

Die Fakten sind eindeutig: Spätestens seit der von der Zentralschweizer Erziehungskonferenz in Auftrag gegebenen Studie von 2015 über den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule weiss man, wie schlecht es ums Frühfranzösisch steht. Doch es passierte zehn Jahre lang nichts, am Mehrsprachenkonzept durfte nicht gerüttelt werden.

Nun aber hat eine zweite, von der Deutschschweizer EDK in Auftrag gegebene Untersuchung mit völlig ungenügenden Resultaten diesen Sommer die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Doch diesmal gelang es nicht mehr, die Lehrerschaft und aufmerksame Beobachter des Schulgeschehens mit Hinweisen auf anstehende Verbesserungen zu beruhigen. Selbst der sonst stets vorsichtig kommentierende LCH zeigte sich geschockt über die schlechten Ergebnisse. In vielen Pressebeiträgen wurde die Frage aufgeworfen, was denn das viel gepriesene Mehrsprachenkonzept den Primarschülern an Lernfortschritten wirklich bringe.

Die Resultate des frühen Französischunterrichts sind ernüchternd

Die Antworten aus der Wissenschaft und von erfahrenen Lehrpersonen sind ernüchternd. Weder das versprochene spielerische Lernen noch das Profitieren vom frühen parallelen Lernen dreier Sprachen führen zum Erfolg. Aufwand und Ertrag stehen beim aktuellen Mehrsprachenkonzept in einem ungünstigen Verhältnis zueinander. Unzählige Stunden werden eingesetzt für Bildungsziele, die von den meisten Schülern bei weitem nicht erreicht werden. Umso mehr erhoffte man in den Schulen, dass die EDK an ihrer Herbst-Jahreskonferenz das umstrittene Konzept als gescheitert erklären und ein besseres Modell vorschlagen würde. Doch weit gefehlt!

In ihrer gewundenen Verteidigung des Sprachenkompromisses steigert sich die Konferenz zur Aussage, bei allen Reformbemühungen müssten stets die Schüler im Zentrum der Überlegungen stehen. Da fragt man sich schon, ob man sich im falschen Film befindet. Wenn die Mehrzahl der in die Oberstufe übertretenden Sechstklässler simple Basissätze auf Französisch nicht versteht und jeden Mut zum französisch Sprechen verloren hat, sind kleine Retouches nutzlos. Wer wie die EDK mit Nachdruck vom Wohl der Schüler spricht, kann nicht länger die Augen vor dem aktuellen Sprachendebakel verschliessen.

Fehlende pädagogische Argumente vonseiten der EDK

Die ganze Pressemitteilung der EDK ist eine Zumutung für alle, die täglich mit dem Mehrsprachenkonzept der Primarschule zu kämpfen haben. Lehrpersonen erwarten eine grundlegende Konzeptänderung und nicht ein endlos weitergeführtes Flickwerk. Eltern haben genug von einem Mehrspra-



chenkonzept, das die meisten Kinder überfordert und bei vielen zu einem Verleider beim Sprachenlernen führt. Wenn jetzt erneut die Optimierung des Sprachenkonzepts und die Wichtigkeit eines frühen Kontakts aller Schüler mit der zweiten Landessprache beschworen wird, wirkt dies völlig unglaublich.

Der Kulturauftrag der Primarschule liegt nicht im Vermitteln von zwei frühen Fremdsprachen. Wer erst in der Sekundarschule eine zweite Fremdsprache lernt, ist erfolgreicher, sofern in der ersten Fremdsprache und im Deutsch solide Grundlagen vorhanden sind. Diese wissenschaftliche Erkenntnis müsste eigentlich ungeduldige Gemüter beruhigen. Doch die EDK giesst Öl ins Feuer, indem sie den frühen Einstieg in eine Landessprache zur Schicksalsfrage für den nationalen Zusammenhalt erhebt. Das ist natürlich Unsinn und setzt falsche Akzente. Vielmehr müsste die EDK darauf hinwirken, dass die vorhandene Unterrichtszeit in der Primarschule für ein ausgewogeneres Bildungsprogramm mit mehr Deutsch und sprachförderndem Realienunterricht eingesetzt wird.

Andere Brücken zur sprachregionalen Vielfalt der Schweiz

Selbstverständlich ist uns allen bewusst, dass die Schweiz eine Willensnation verschiedener Sprachkulturen ist. Diese lebendige Vielfalt unseres Landes gilt es unseren Schülern nahezubringen. Ein guter Französischunterricht gehört deshalb zum unverzichtbaren Teil dieses Bildungsauftrags. Bereits in der Primarschule muss aber noch mehr getan werden, um die Schüler mit der Romandie und dem Tessin vertraut zu machen. Ein attraktiver Geografieunterricht endet nicht am Röstigraben. Er wird die landschaftlichen Schönheiten und die wirtschaftliche Bedeutung der Westschweiz hervorheben. Das Wallis mit seinen alpinen Kraftwerkanlagen, die innovative Uhrenindustrie in Neuenburg oder das internationale Genf bieten grossartige Themen für horizonterweiternde Geografiestunden.

In einem landeskundlichen Geschichtsunterricht wird auch das Tessin in den Fokus rücken. Die aufregende Geschichte der Gotthardbahn ist die beste Gelegenheit, um das Ringen der Tessiner um einen wintersicheren Anschluss an die Deutschschweiz zu schildern. Der grosse Aufwand, den es von Akteuren beidseits der Alpen brauchte, um den ersten Gotthardtunnel fertigzustellen, wird bei den Schülern das Bewusstsein für das Zusammenstehen über die Sprachgrenzen festigen. Auch eine Schulreise ins Tessin oder gar ein Klassenlager kann eine enge Verbindung zur südlichen Schweiz schaffen.

Der Ball liegt eindeutig bei der EDK

Das Aussitzen der gegenwärtigen Sprachenkrise durch die EDK hilft niemandem und verursacht sehr viel Frustration. Alle, von den Lehrerverbänden bis hinauf zum Bundesrat, erwarten eine klare Entscheidung der kantonalen Bildungsverantwortlichen zugunsten eines pädagogisch und politisch überzeugenderen Sprachenkonzepts. Verschiedene Vorschläge liegen offen auf dem Tisch, aber sie müssen endlich ernsthaft geprüft werden.

Die NZZ hat die jüngste Pressemitteilung der EDK zum Sprachendebakel scharf kritisiert. Redaktor Sebastian Briellmann wirft der Erziehungsdirektorenkonferenz vor, sie ignoriere die schulische Realität beim frühen Fremdsprachenunterricht. Briellmann spricht offen davon, dass bei einer Fortsetzung der Flickwerk-Sprachenpolitik den Kantonen nur der Austritt aus dem Harmos-Konkordat



bleibe. Dieses drohende Szenario müsste der EDK eigentlich genug Ansporn sein, sich zu einem mutigen Entscheid durchzuringen.

Der Bedarf an Schulassistenzen ist stark gestiegen

Wie im Beitrag aus dem Tages-Anzeiger ersichtlich ist, hat die Zahl der Schulassistenzen in der Volksschule stark zugenommen. Manche Klassen sind heute so heterogen, dass die Klassenlehrkräfte froh sind um die Unterstützung dieser pädagogisch nicht ausgebildeten Helfer. Sie leisten meist gute Arbeit, indem sie einzelne Schüler beim Lösen von Aufgaben unterstützen oder allein schon durch ihre Präsenz beruhigend auf zappelige Schüler einwirken können.

Dennoch stellt sich die Frage, weshalb es heute immer mehr zusätzliches Personal in den Klassenzimmern braucht. Wie der Leserbriefschreiber Hans-Peter Köhli eindrücklich schildert, sind oft mehrere Begleitpersonen mit und ohne professionelle Ausbildung in den Schulzimmern tätig. Nicht nur in pädagogischer Hinsicht, auch sonst ist dabei vieles unübersichtlich. Allein schon bei der lohnwirksamen Einordnung des neuen Begleitpersonals existiert ein kaum noch zu durchdringender Dschungel. Auch bei dieser Frage ist die Politik gefordert, endlich Entscheidungen zu treffen und eine gewisse Ordnung ins System zu bringen.

Hanspeter Amstutz

Erklärung zur gesamtschweizerischen Koordination des Sprachenunterrichts

EDK, 30. Oktober 2025

Die Plenarversammlung der EDK bekräftigt ihren Willen, den Sprachenunterricht in Umsetzung des Harmonisierungsauftrags von Artikel 62 Absatz 4 der Bundesverfassung sicherzustellen und hält fest:

Der Sprachenunterricht ist zentraler Bestandteil der obligatorischen Schule Bei allen bildungspolitischen Entscheiden stehen **die Schülerinnen und Schüler** im Mittelpunkt. Der Sprachenunterricht muss chancengerecht ausgestaltet werden. Alle Schülerinnen und Schüler sollen von einem guten Unterricht in den Landessprachen und in Englisch profitieren.

Die Schweiz ist eine Willensnation, die in **die nationale Kohäsion** investieren muss. Ein früher Kontakt mit einer zweiten Landessprache und den sprachregionalen Kulturen der Schweiz ist dafür wichtig. Der Sprachenunterricht muss durch die Verstärkung von Austauschaktivitäten intensiviert werden.

Sprachenunterricht ist eine Voraussetzung für die **Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz**. Die Veränderungen in Gesellschaft und Schule sollen nicht zu einer Nivellierung nach unten, sondern zu Verbesserungen in Schule und Unterricht führen.



Es besteht Handlungsbedarf bei den Bildungszielen und den Lehrplänen Die aktuell gültige Sprachenstrategie aus dem Jahr 2004 koordiniert den Sprachenunterricht in der Schweiz. Die Kantone haben dem darin festgelegten Modell zugestimmt. Dies nach einem langwierigen Aushandlungsprozess zwischen den Regionen des Bildungsraums Schweiz.

Bei der Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen in der zweiten Landessprache wurde Anpassungsbedarf festgestellt. Es soll eine Anpassung der Bildungsziele und der Lehrpläne geprüft sowie der Spielraum von Art. 4 der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) ausgelotet werden.

Die EDK diskutiert weiter intensiv über die interkantonalen Handlungsmöglichkeiten und wie der Unterricht in den Landessprachen verbessert oder der Austausch über die Sprachgrenzen hinweg intensiviert werden könnte. Die EDK ist überzeugt, auf diese Weise gute, sprachregional abgestützte und pädagogisch fundierte Lösungen vorlegen zu können.

Fremdsprachenunterricht: LCH besorgt über ÜGK-Ergebnisse

LCH Medienmitteilung, 22. Mai 2025

Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) nimmt die Ergebnisse des nationalen Berichts zur Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen (ÜGK) im Fremdsprachenunterricht mit Sorge zur Kenntnis. Besonders auffällig sind die deutlichen Leistungsunterschiede bei den Französisch- und Englischkenntnissen. Obwohl Lehrpersonen einen erfolgreichen Fremdsprachenunterricht durchführen wollen, zeigen die Ergebnisse, dass die Voraussetzungen dazu fehlen. Die gesetzten Ziele sind unrealistisch. Der LCH fordert die kantonale Bildungspolitik und die Behörden dringend auf, die Situation sorgfältig zu analysieren und darauf basierend die Ziele der EDK-Sprachenstrategie unter Einbezug von Fachgremien und Praxisvertretungen zu überarbeiten und wirksame strukturelle Massnahmen umzusetzen.

Lehrpersonen setzen sich täglich mit grossem Engagement für einen erfolgreichen Fremdsprachenunterricht ein. Die aktuellen Resultate zeigen jedoch klar: Unter den derzeitigen Voraussetzungen sind die gesetzten Ziele nicht erreichbar. Der LCH macht seit Einführung der EDK-Sprachenstrategie 2004 deutlich, dass Fremdsprachenunterricht in der Volksschule nur unter klar definierten Voraussetzungen erfolgreich sein kann.

Diese Voraussetzungen sind auch zwei Jahrzehnte später noch nicht erfüllt. Die ernüchternden Ergebnisse der ÜGK 2023 untermauern die Warnungen des Dachverbands deutlich: Die angestrebten Grundkompetenzen in den Fremdsprachen (Niveau A2.2) am Ende des 11. Schuljahres konnten nicht zufriedenstellend erreicht werden – insbesondere in der zweiten Landessprache: So erreichen in Französisch (als Fremdsprache) nur 51 % der Schülerinnen und Schüler Grundkompetenzen im Leseverstehen, während es in Englisch 75 % sind. Ähnlich beim Hörverstehen: Nur 58 % erreichen



die Grundkompetenzen in Französisch, hingegen 85 % in Englisch. Ein erklärtes Ziel der Sprachenstrategie der EDK ist jedoch, dass am Ende des Zyklus 3 (Sekundarstufe I) Englisch und eine zweite Landessprache möglichst gleichwertig beherrscht werden sollen. Der Tatsache, dass junge Menschen einen stärkeren Bezug zur englischen als zur französischen Sprache haben, muss ebenfalls Rechnung getragen werden.

Realistische Ziele und Umsetzung: Zwei Fremdsprachen im Primarschulunterricht können nur dann gerechtfertigt bleiben, wenn die gesetzten Ziele auch erreicht werden können. Sind die notwendigen Voraussetzungen nicht vorhanden, muss eine Neuausrichtung der Ziele der EDK-Sprachenstrategie offen diskutiert werden – im Interesse der Schülerinnen und Schüler und der Mehrsprachigkeit der Schweiz. Der LCH fordert die EDK und die zuständigen kantonalen Behörden auf, die Situation unter Einbezug von Fachgremien und der Praxis sorgfältig zu analysieren. Es müssen Massnahmen geprüft und umgesetzt werden, um mehr Schülerinnen und Schülern das Erreichen der Grundkompetenzen zu ermöglichen.

Aufruf an EDK und Kantone

- **Der LCH fordert EDK und Kantone auf, die Ergebnisse der ÜGK sorgfältig zu analysieren.**
- **Die EDK ist gefordert, eine aktualisierte, gemeinsame Haltung zum Fremdsprachenunterricht in der Volksschule zu entwickeln – unter Einbezug von Fachgremien und Praxisvertretungen.**
- **Bildungspolitik und Behörden müssen sicherstellen, dass die gesetzten Ziele erreichbar sind. Nur so ist ein wirkungsvoller Fremdsprachenunterricht möglich.**

Die Politik ignoriert die Realität

NZZ, 6. November 2025, Meinung & Debatte, Sebastian Briellmann

Frühfranzösisch

Der euphorische Chor der technokratischen Bildungselite befindet sich gerade in einem paradoxen Stadium. Normalerweise folgt er blind der Losung, dass Reformen stets zu begrüßen sind; sogar dann, wenn sich der Status quo bewährt hat. Wenn sich jedoch, wie jetzt beim Fremdsprachenunterricht, tatsächlich Veränderungen aufdrängen: Dann halten viele der sogenannten Experten, seien es Politiker oder Wissenschaftler an den pädagogischen Hochschulen, auf einmal nicht mehr an ihren Überzeugungen – neu ist immer besser – fest.

Im akademischen Elfenbeinturm will man nichts davon hören, dass etwa Frühfranzösisch nichts gebracht hat. Das lässt sich insofern nachvollziehen, als dass die Reformer dann eine Lebenslüge eingestehen müssten. Enttäuschender ist die Haltung der Bildungspolitik, die tatsächlich für Verbesserungen sorgen könnten. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) agiert realitätsfern. An der Jahresversammlung wurden zwar gewisse Probleme eingestanden, aber so



schnöde im Diminutiv formuliert, als handle es sich um Lappalien. Dabei kennen alle Erziehungsdirektoren die Wahrheit. Es war eine Untersuchung, die sie selbst in Auftrag gegeben hatten, die im Mai miserable Ergebnisse aufgezeigt hat. Im Lesen erreicht nur die Hälfte der Schüler in den Deutschschweizer Kantonen in Französisch die Grundkompetenzen, im Hören sind es knapp 60 Prozent. Am Ende der obligatorischen Schule, notabene.

Gegen eine Transformation, die auch einige kritische Kantone wollen, wehrt sich die EDK wortgewaltig. Eine Verschiebung der Fremdsprachen in die Sekundarstufe lehnt man ab. Begründung: Der nationale Zusammenhalt sei gefährdet. Man sei eine Willensnation, die in die «nationale Kohäsion» investieren müsse. Ohne Frühfranzösisch keine Schweiz? Darunter macht man es nicht. Ähnlich argumentiert auch die Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP), die die Kantone notfalls zwingen will, am Frühsprachenkonzept festzuhalten.

Das sind lächerliche Argumente. Die Bildungselite labt sich gerne an der eigenen Progressivität. Und nun ist sie auf einmal patriotisch? Das wirkt wenig glaubhaft. Vor allem suggeriert diese Botschaft falsche Tatsachen. Niemand möchte Französisch aus der Schule verbannen, an der Wichtigkeit des gegenseitigen Verständnisses wird nicht gezweifelt. Nur gibt es gute Gründe, dass ein späterer Beginn von Vorteil ist.

Die Forscherin Simone Pfenninger hat schon vor über zehn Jahren nachgewiesen, dass es am Ende der Schulzeit keinen Unterschied macht, ob man eine Sprache mit 8 oder mit 13 Jahren beginnt. Das liegt hauptsächlich daran, dass das «Kurzfutterkonzept» mit zwei, drei Lektionen in der Woche wenig Fortschritt bringt. Pfenninger wurde dafür diskreditiert. Heute wagt niemand mehr Widerspruch.

Und es gibt ja auch Ideen, wie eine zweite Landessprache gestärkt werden könnte. Der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid schlug etwa vor, dass man mit Französisch in der 5. Klasse beginnen sollte – und mit Englisch in der Sekundarstufe. Ein radikaler Kurswechsel wäre das nicht, aber Schmid's Idee hatte keine Chance. Lieber will die EDK die Bildungsziele anpassen, «den Unterricht stärken». Man lobt sich selbst für ein «deutliches Zeichen». Das ist ungefähr so wahr, wie wenn man die Fremdsprachenkenntnisse aller Schüler als hervorragend einstufen würde. Was das in der Konsequenz heissen wird, ist klar: Das Niveau wird sinken, wie das schon in Deutsch und Mathematik geschehen ist – was auch daran liegt, dass immer mehr Kinder daheim keine Landessprache sprechen. Aber Frühfranzösisch bringt alle weiter?

Diese Mutlosigkeit ist ein intellektuelles Armutszeugnis, zum Schaden der Schüler, die insgesamt weniger können werden, erst recht kein Französisch. Die kritischen Kantone sollten deshalb weiter am Ende des Frühfranzösisch festhalten. Am besten passiert das mit einer Anpassung des Harmos-Konkordats. Gelingt das nicht, bleibt nur der Austritt.



«Ich wüsste nicht, wie das ohne uns funktionieren soll»

Tages-Anzeiger, 10. November 2025, Zürich, Nina Fargahi

Boom bei Schulassistenzen • Sie sind kaum mehr wegzudenken aus den Klassenzimmern: Unterstützungspersonen wie Rahel Dürler. Dennoch haben sie keine klare Berufsdefinition oder einheitliche Ausbildung.

Nach zehn Minuten wird es unruhig in der ersten Oberstufenklasse der Zürcher Schule Stadel. 14 Jugendliche sitzen im Französischunterricht und brüten über einem Probetest. Zwei Buben kichern, einer jault auf. Rahel Dürler geht zu ihnen hin und zeigt auf das zu erledigende Übungsblatt. Die beiden Schüler konzentrieren sich wieder auf ihre Aufgabe.

Rahel Dürler gehört zum sogenannten Unterstützungspersonal. Viele Kantone verwenden unterschiedliche Begriffe, die das Gleiche meinen wie zum Beispiel «Klassenassistentz», «Schulassistentz», «Klassenhilfe», «Schulhilfe».

Seit zwölf Jahren arbeitet Dürler als Schulassistentin an der Oberstufe. Ihre Aufgabe an der Schule Stadel besteht darin, die Klasse beim Lernen zu unterstützen. Sie sorgt zum Beispiel dafür, dass unruhige Schülerinnen und Schüler es vermehrt schaffen, sich auf die Arbeit zu konzentrieren, oder hilft bei Fragen, die auftauchen. Somit unterstützt sie indirekt die Lehrperson, die sich auf den Unterricht konzentrieren kann.

Schulassistenzen sind aus vielen Klassenzimmern nicht mehr wegzudenken. Einen Grund dafür sieht Dürler in der integrativen Schulform. «Alle befinden sich in einem Zimmer», sagt sie: Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen, etwa mit ADHS, mit einer Leseschwäche, verhaltensauffällige Kinder und solche, die mehr Förderung benötigen. «Es braucht fast in jeder Klasse Unterstützungspersonal, um allen gerecht zu werden und nach Bedarf zu unterstützen.»

«Viele Lehrperson sind sehr froh um uns und schätzen unsere Arbeit. Ich wüsste nicht, wie das heutige Schulsystem ohne Unterstützungspersonal funktionieren soll», sagt Dürler. Sie ist auch Vorstandsmitglied im Verband Schulassistent Schweiz.

Regionale Unterschiede bei der Schulassistentz

In den letzten Jahren ist die Zahl der Schulassistenzen stark gestiegen - an gewissen Orten fast explosionsartig. Etwa in der Stadt Zürich: 2019 gab es noch 47 Vollzeitstellen für Schulassistenzen, im laufenden Schuljahr 2024/25 sind es 341 Vollzeitstellen.

Gemäss der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) geben alle Kantone an, dass über alle Stufen der obligatorischen Schule Unterstützungspersonal arbeitet. Die genauen Tätigkeiten unterscheiden sich allerdings, nicht nur in den Schulen, sondern auch in den Regionen. «Während in der Westschweiz Unterstützungspersonal in der Tendenz eher für ein einzelnes Kind mit besonderem Bildungsbedarf zuständig ist, ist Unterstützungspersonal in der Deutschschweiz eher für die ganze Klasse tätig», heisst es bei der EDK.



Das bestätigt auch Rahel Dürler. Sie widmet sich an diesem Nachmittag mehreren Schülerinnen und Schülern, spricht lobende Worte oder fragt sie, was sie bräuchten. «Wir sind kein Ersatz für Heilpädagoginnen oder Lehrpersonen», sagt Dürler. Aber sie übernehmen wichtige Aufgaben, auch nebst den Lektionen. So seien sie etwa bei Klassenausflügen dabei, würden administrative Aufträge abnehmen und seien teilweise auch bei Elterngesprächen dabei. Dürler, die ursprünglich ausgebildete Gastronomin ist, arbeitet in einem 50-Prozent-Pensum in der Sekundarschule im zürcherischen Stadel.

Die Stellen als Schulassistent sind gefragt. Die Gründe: Es können sich praktisch alle bewerben. Der Kanton Zürich empfiehlt eine abgeschlossene Berufslehre. Doch kantonale Zulassungsbedingungen gibt es keine, da es den Beruf offiziell gar nicht gibt. Der Umfang und die Aufgaben können je nach Schule stark variieren - von einfachen Betreuungsaufgaben über Unterstützung im Unterricht bis hin zu administrativen Tätigkeiten. Weil sich die Arbeitszeit mit der Schulzeit deckt, sind die Stellen besonders für Eltern mit Betreuungspflichten attraktiv.

Die Anstellung erfolgt in der Regel durch die jeweilige Schulgemeinde. Das bedeutet, dass Lohn, Pensum und Einsatzdauer unterschiedlich geregelt sind. Das Volksschulamt empfiehlt maximal die kantonale Lohnklasse 13, in der etwa Bibliothekarinnen, Verwaltungsassistentinnen oder Hausmeister entlohnt werden. Der Stundenlohn liegt somit etwa zwischen 30 und 45 Franken pro Stunde.

Rollen klären für eine gute Zusammenarbeit

Die Französischstunde neigt sich dem Ende zu. Rahel Dürler hilft einer Schülerin beim letzten Schliff. «Du hast noch eine Aufgabe offen», sagt sie und bückt sich so, dass sie auf Augenhöhe mit der Schülerin ist.

Damit das Zusammenspiel zwischen Lehrpersonen und Schulassistent für alle gewinnbringend ist, ist gemäss Rahel Dürler vor allem wichtig, dass ein enger Austausch zwischen Assistenz und Lehrperson oder den Heilpädagogen stattfindet und so die Rollen, Tätigkeiten und Aufgaben von Anfang an geklärt sind. «Die Lehrperson trägt die Klassenverantwortung.»

Auch deshalb fordert der Verband Schulassistent Schweiz eine einheitliche Ausbildung für diese Tätigkeit. «Lohn, Arbeitszeit, Anstellung und Anforderungen - das alles muss geregelt werden», sagt Dürler. Der Verband tauscht sich derzeit mit der Pädagogischen Hochschule sowie anderen bildungsrelevanten Personen und Institutionen aus. «Es wäre ein grosser Meilenstein, wenn wir eine einheitliche und anerkannte Ausbildung absolvieren könnten», so Dürler.

Regierungsrat in Zürich will kein neues Gesetz

Das Thema beschäftigt nicht nur die Schulen, sondern auch die Politik. Zwei Zürcher Parlamentarierinnen fordern in einer Motion den Regierungsrat auf, ein entsprechendes Gesetz zu schaffen. Das Geschäft wird wahrscheinlich morgen im Kantonsrat diskutiert. «Es braucht einen Minimalstandard bei der Ausbildung und den Aufgaben von Schulassistenten», sagt SP-Kantonsrätin und Erstunterzeichnerin Patricia Bernet.

Der Regierungsrat im Kanton Zürich lehnt die Motion allerdings ab. Für die Förderung und Weiterbildung seien die Schulleitungen im Rahmen der Personalführung in der Verantwortung. «Sie prüfen mit ihren Schulassistenten individuell, welche Weiterbildung für das vereinbarte Aufgabenge-



biet am besten geeignet ist», heisst es aus dem Regierungsrat. Er hält eine gesetzliche Grundlage als «nicht angezeigt».

Mehr Ruhe im Schulzimmer

Tages-Anzeiger, 13. November 2025, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 11.10. «Ich wüsste nicht, wie das ohne uns funktionieren soll»

Dem Artikel über Schulassistenzen möchte ich noch Folgendes beifügen: Entstanden ist diese Einrichtung, weil man bei der damaligen Schulgesetzabstimmung versprochen hatte, jedes integrierte Kind mit Lernschwierigkeiten werde von einer Heilpädagogin in der Normalklasse eng begleitet. Peinlich nur, dass gar nicht so viele Fachleute zur Verfügung standen, und da tauchte in höchster Not die Idee mit den nicht pädagogisch ausgebildeten Assistenzen auf. Leider genügte nicht einmal das; in der Stadt Zürich wurden in besonders schwierigen Klassen trotz Assistenz zusätzlich noch sogenannte Schulsupporterinnen eingesetzt - die Situationen vor Ort arteten teilweise aus, weil ja gleichzeitig auch noch weitere Leute wie etwa solche bei Deutsch für Fremdsprachige etc. amtierten. Es ist richtig, dieses Durcheinander zu regeln. Nur sollte das im Kanton Zürich natürlich erst dann erfolgen, wenn klar ist, wie die vom Kantonsrat angenommene und jetzt bei der Bildungsdirektion lagernde Förderklasseninitiative umgesetzt wird. Etliche der jetzt in den Normalklassen integrierten Kinder werden in die neu geschaffenen Förderklassen wechseln, wodurch hoffentlich auch zumindest teilweise die gesetzlich gar nicht vorgesehenen Assistenzen und Supporte wegfallen dürften. Von vielen Seiten wünscht man sich ja schon lange weniger Bezugspersonen für die Kinder und mehr Ruhe in den Schulzimmern - damit würde dieses Ziel näher rücken.

Hans-Peter Köhli, Zürich

«Sprache ist mehr als nur Kommunizieren»

NZZ, 5. November 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief

Der Gastkommentar schliesst an eine Reihe von Artikeln zur Bildung an (NZZ 24. 10. 25). Er geht vom wissenschaftlichen Stand zum Spracherwerb aus, aus dem sich Fragen und Schlussfolgerungen für die Schulpraxis ergeben. Wie kommt es zu dem krassen Mangel an Deutschkenntnissen bei unseren Schulabgängern?

Die Autorin Eliane Perret lenkt den Blick auf den Prozess des Spracherwerbs als eines enorm wichtigen sozialen Vorgangs – bedeutsam für die Persönlichkeitsentwicklung, das Denken und Fühlen und damit auch für den Lebenslauf jedes Kindes.

Es ist erwiesen, dass die sichere Bindung zu den nächsten Bezugspersonen Grundlage des Spracherwerbs ist. Jedes Kleinkind sucht den liebevollen Austausch und eignet sich mit Freude und Stolz die



ersten Wörter an – immer mit dem Blick auf Mutter oder Vater. Es braucht den Dialog. Bei einem 16-Jährigen sind es dann – wenn die Entwicklung positiv verläuft – etwa 60 000 Wörter. Dieser gewaltige Lernprozess «muss daher im Bildungsprozess von Kindern eine hervorragende Bedeutung haben», wie die Autorin schlüssig und differenziert darlegt.

Aus dieser Darstellung ergeben sich Grundsatzüberlegungen zur Schulpraxis, vom Kindergarten bis zum Schulabschluss, sei es etwa zu den Fremdsprachen oder zum Einsatz von Medien. In beiden Bereichen richten falsche Theorien grössten Schaden an – bei den Kindern, die unsere Zukunft sind. Ich hoffe, dass die offene Diskussion Schritte in der Schulpolitik anstösst.

Renate Dünki, Oberwangen